

Gemeinsamer Kurs gesucht

Wirtschaftsforum Rund 100 Vertreter aus Wirtschaft und Politik senden Aufbruchsignale für Ostbrandenburg und Westpolen. Von Heinz Kannenberg



Wirtschaftsforum in Frankfurt (Oder) - welche Ideen gab es zur Zusammenarbeit mit Polen und Eisenhüttenstadt?

Foto: Radek Kalina

Ein Abend, der Mut machen wollte – und es vielfach auch tat: Rund 100 Vertreter aus Wirtschaft und Kommunalpolitik kamen vor wenigen Tagen im Technologiezentrum BIC in Frankfurt zusammen, um beim Wirtschaftsforum des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) über Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregion zu diskutieren.

Etwa 30 Unternehmer reisten aus Polen an, aus Słubice, Poznań, Gorzów und Legnica. Das Motto setzte den Rahmen: „360 Grad für die Grenzregion – Start ins neue Jahr mit neuen Impulsen.“ Schon die Zusammensetzung des Publikums zeigte, warum es ging: um einen gemeinsamen Wirtschaftsraum jenseits nationaler Denkgrenzen.

Jasper Lücke vom BVMW eröffnete mit einer nüchternen Analyse. Die Stimmung im deutschen Mittelstand sei „im negativen Bereich“, das Bruttoinlandsprodukt entwickle sich nur schleppend. Gleichzeitig verwies Lücke auf die deutlich besseren Wachstumsraten Polens, die über dem EU-Durchschnitt liegen. Deutschland profitiere davon, so Lücke – das sei weniger Konkurrenz als Chance.

Wachstumsraten

Zugleich machte er vorsichtig Hoffnung: In Deutschland scheine die Talsohle erreicht, bei der Arbeitskräfte nachfrage gebe es einen leichten Knick nach oben. Deutlich wurde er beim Thema Standortkosten: Ein Hebesatz-Vergleich zeige große Unterschiede. Schönefeld liege bei 240, Eisenhüttenstadt bei 395, Frankfurt bei 400. Zahlen, die

im Saal für spürbare Aufmerksamkeit sorgten.

Dr. Jürgen Neumüller von der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg warb für einen strukturellen Blick auf die Region. Ostbrandenburg und die polnische Region Lubuskie müssten als gemeinsamer Raum verstanden werden – mit geringer Bevölkerungsdichte und ähnlichen demografischen Trends. Schrumpfung setze sich auf beiden Seiten fort.

„Der regionale Wirtschaftskern müsse wieder zum Motor werden, derzeit sei er es nicht.“

„Es ist keine Lösung, Arbeitskräfte einfach von der einen auf die andere Seite zu holen“, sagte Neumüller. Ziel seien gemeinsame Antworten. Der aktuell hohe Anteil von Pendlern von Ost nach West werde sich zwischen 2030 und 2050 angleichen. Auch das spreche für langfristige, grenzüberschreitende Planung.

Mariusz Rzeźnikiewicz, Regionalleiter des BVMW, griff diese Perspektive auf. Unternehmen müssten im „360-Grad-Winkel“ aufgestellt sein, die Politik müsse dafür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Kleine und mittlere Unternehmen könnten ihren Standort nicht so flexibel wechseln wie Konzerne. Umso wichtiger sei ihre eigene Transformation. Sein konkreter Vorschlag: die Gründung eines Wirtschaftsbeirates in Frankfurt, um Austausch,

Vernetzung und Umsetzungsdruck zu erhöhen.

Für einen markanten Moment sorgte Erik Börner, Geschäftsführer des BIC. Er verwies auf Eschborn bei Frankfurt am Main, wo der Gewerbesteuerhebesatz einst auf 280 gesenkt wurde. Die Folge: Unternehmen wie die Deutsche Börse siedelten sich an. Zwar wurde der Satz später wieder erhöht, doch die Einnahmen waren zuvor deutlich gestiegen. Börners Schlussfolgerung: Frankfurt könne von diesem Beispiel lernen. Der Vorschlag wurde mit Applaus aufgenommen.

Oberbürgermeister Axel Strasser stellte erstmals einige Leitlinien seiner Wirtschaftspolitik vor. Ziel sei es, die wirtschaftliche Stärke der Region gemeinsam mit Eisenhüttenstadt weiterzuentwickeln. Der regionale Wirtschaftskern müsse wieder zum Motor werden, derzeit sei er es nicht. Investitionen seien längst keine Einbahnstraße mehr, betonte Strasser. Frankfurt müsse die polnischen Nachbarn konsequent mitdenken. Kritisch sprach er fehlende Transparenz bei verfügbaren Gewerbesteuerbeflächen an. Eisenhüttenstadt sollten diese gemeinsam vermarkten. Außerordentlich dringlich sei die Energiefrage für Ansiedlungen: Verfügbarkeit und Sicherheit auf deutscher Seite müssten gemeinsam mit Eisenhüttenstadt gedacht werden.

Zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes zeigte er sich zurückhaltend. Frankfurt sei Haushaltssicherungsgemeinschaft, der Haushalt 2025/26 vom Land noch nicht genehmigt. Der Spielraum sei begrenzt. Börner äußerte später den Wunsch nach mehr Mut, zeigte je-

doch Verständnis. Ein Wirtschaftsbeirat könne künftig Druck erzeugen.

Bürgermeister Marko Henkel aus Eisenhüttenstadt sprach offen über Defizite der Vergangenheit. Die Zusammenarbeit mit Frankfurt sei nicht optimal gewesen, nun brauche es einen Neuanfang. Dass beide Stadtoberhäupter parteilos seien, wertete er als Chance. In Eisenhüttenstadt stünden rund 2000 Wohnungen leer, in Frankfurt gebe es viele Gewerbeflächen. Diese Herausforderungen müssten gemeinsam angegangen werden.

Gemeinsame Strategie

Polnische Unternehmer, so Henkel, seien beim 360-Grad-Blick oft schon weiter. Sein Appell: weniger reden, mehr anfangen – und vor allem kleine Unternehmen mitnehmen. Strasser selbst dämpfte Erwartungen an schnelle Erfolge. Verwaltung sei eher für schrittweise Reformen als für Revolutionen gemacht. Für sein erstes Amtsjahr nannte er drei Ziele: eine neu strukturierte Wirtschaftsförderung, eine passende Verwaltungsstruktur und ein verlässliches Führungsteam.

Zum Abschluss betonte Rzeźnikiewicz erneut den europäischen Anspruch des Abends. Mit 30 polnischen Unternehmern sei ein starkes Signal gesetzt worden. Entscheidend sei nun die Umsetzung.

Symbolisch wurde der Aufbruch mit einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem BVMW und dem Business Stal Club Gorzów, dem mehr als 100 Unternehmen aus der Region Lubuskie angehören, besiegelt – als Startpunkt für weitere deutsch-polnische Wirtschaftsinitiativen.

Kommentar
Heinz Kannenberg
zum Wirtschaftsforum
im BIC.



Der Anfang ist gemacht

Selten war ein wirtschaftspolitischer Abend in der Grenzregion so ehrlich – und zugleich so entschlossen wie das Wirtschaftsforum am Donnerstag im BIC. Die Analyse ließ keine Ausreden zu, die Kritik war präzise benannt. Doch entscheidend ist etwas anderes: Niemand blieb im Problem stehen. Der Blick ging nach vorn, über die Oder hinweg, hinein in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

„360 Grad für die Grenzregion“ war kein wohlklingender Slogan, sondern ein Arbeitsauftrag. Für Verwaltungen, die sich bewegen müssen. Für Unternehmen, die sich wandeln wollen. Und für eine Politik, die Kooperation höher bewertet als Kirchturmdenken.

Der Aufbruch bestand nicht in großen Versprechen, sondern in der Bereitschaft, Verantwortung zu teilen – deutsch-polnisch, kommunal, mittelständisch.

Wenn dieser Anspruch nun ernst genommen wird, kann aus der Grenzlage endlich ein Standortvorteil werden. Der Anfang ist gemacht.

Umfrage bei Unternehmen

Wirtschaft Die Technische Hochschule befragt zum Thema Nachhaltigkeit.

Frankfurt. Nachhaltigkeit gewinnt für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zunehmend an Bedeutung. Sei es durch gesetzliche Anforderungen, steigende Erwartungen von Kundinnen und Kunden oder den Wunsch nach zukunftsfähigem Wirtschaften. Deshalb weist die Pressestelle der Stadt Frankfurt auf eine Umfrage der Technischen Hochschule Brandenburg bei regionalen Unternehmen hin.

Ziel der Befragung sei es, systematisch zu erfassen, welche konkreten Herausforderungen die Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit haben und welche Unterstützungsbedarfe bestehen. Viele Unternehmen stünden vor der Herausforderung, Nachhaltigkeit strategisch und praktikabel in den Arbeitsalltag zu integrieren.

Die Ergebnisse der Umfrage seien Grundlage, um praxisnahe und passgenaue Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote für Unternehmen zu entwickeln. Die Teilnahme an der Umfrage ist bis 27. Februar online möglich – freiwillig und anonym. red

Fragen beantwortet Susann Wagner von der Technischen Hochschule Brandenburg: susann.wagner@th-brandenburg.de